

**Dr. Matthias Schulze-Böing,**

*Geschäftsführer der MainArbeit GmbH Offenbach*

## **Begrüßung und Einführung**

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich bin heute hier in der Rolle des Mitgastgebers, gemeinsam mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und der Frauenbeauftragten der Stadt Offenbach, Karin Dörr, die als *spiritus rector* diese Fachtagung mit vorbereitet, beeinflusst und initiiert hat. Zunächst möchte ich allerdings den Genannten und den Organisatoren, auch Frau Christiana Klose vom Institut INBAS, sehr herzlich für die inhaltliche Vorbereitung und für die Strukturierung dieser Tagung hier in Offenbach danken. Sie findet in dem Saal statt, in dem auch über Haushaltsdefizite, über soziale Programme und Folgekosten von Arbeitslosigkeit beraten und entschieden wird. Dies ist immer im Blick zu behalten, dass wir hier im Entscheidungszentrum einer Kommune tagen, wenn wir heute über die Themen Kinderbetreuung, Arbeitsmarkt und ähnliches sprechen.

Ich wurde gebeten, einige Worte zum Inhalt zu sagen. Ich will das gerne tun, und zwar aus meiner Perspektive sowohl als Geschäftsführer der MainArbeit - das ist die Arbeitsgemeinschaft der Kommune und der Arbeitsverwaltung für den Geltungsbereich des SGB II in Offenbach - als auch als Verantwortlicher in der Stadtverwaltung für den Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Die Stadt Offenbach hat sich ja schon seit vielen Jahren sehr aktiv um das Thema Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Integration gekümmert, und insofern fließt hier sehr viel an Problembewusstsein, Problemerkennntnis zusammen, aber auch das eine oder andere Neue, das unsere Kommune an innovativen und interessanten Problemlösungen anzubieten hat.

Wir haben in den letzten zehn, zwanzig Jahren schon gravierende Veränderungen im wirtschaftlichen und sozialen Umfeld erlebt, die alle in unser Problemfeld hineinstrahlen.

Dazu gehören auch Änderungen von Familie und Lebensformen. In Deutschland haben wir einen gewissen time lag gegenüber anderen Ländern, was die Erwerbstätigkeit von Frauen angeht. Wir erleben einen Orientierungswandel. Bestimmte Lebensverhältnisse, die als normal und institutionalisiert verankert angesehen werden konnten, sind so nicht mehr fortsetzbar. Das gilt nicht unbedingt für alle, aber bedeutende und weiter größer werdende Zahl von Menschen. Und darauf müssen Institutionen, Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik reagieren.

Wir erleben schon seit mindestens zwanzig Jahren einen auch in der Wissenschaft reflektierten Abschied von der Normalbiographie, der tradierten Erwerbsbiographie mit bestimmten Normalitätsvorstellungen von Zusammenleben, also auch von der "normalen" Familie. Wir bewegen uns hin zu einer größeren Vielfalt von Lebensformen, und ich glaube, der notwendige Lernprozess besteht darin, genau diese Vielfalt wirklich zu erkennen und darauf adäquate Antworten zu finden, und nicht an überkommenen und einst normalen Werten festzuhalten.

Wir haben einen tiefgreifenden Wandel auch im Verständnis von sozialer Sicherung und Sozialhilfe. Hier erleben wir spätestens im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, aber schon sehr stark vorbereitet in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, einen Wandel von der Idee des klassischen versorgenden Sozialstaates, der einfach nur da ist, um bestimmte Lebenslagen materiell abzusichern, hin zum *aktivierenden* Sozialstaat. Ein Sozialstaat, der sich natürlich weiterhin als Träger von Solidarität und Unterstützungsleistungen versteht, der seine Adressaten aber auch ermuntert, die Probleme selbst in die Hand zu nehmen, der nicht passiv stellt, sondern aktiviert, der aber auch sein Hilfsinstrumentarium auf diesen neuen Imperativ einstellt. Auch das sollten wir zur Kenntnis nehmen.

Das Konzept des aktivierenden Sozialstaats wird kontrovers diskutiert. Ich persönlich halte es für einen Fortschritt. Aber es richtig, darauf zu achten, dass das produktive Potenzial, welches in diesem Wandel liegt, sich auch tatsächlich entfalten kann.

Wir haben bei all dem immer eine gewisse *Ungleichzeitigkeit* zwischen der objektiven gesellschaftlichen Veränderung, den Veränderungen in der Wirtschaft und dem, was wir institutionell, rechtlich und in der Praxis schon nachgearbeitet haben.

Das erleben wir sehr stark im Arbeitsmarkt für Frauen: Die Wirtschaft, die Arbeitgeber, der Arbeitsmarkt verlangen heute ein sehr großes Maß an Flexibilität, ein steigendes Maß an Qualifikation. Gleichzeitig gehen viele soziale Institutionen nach wie vor von einem herrschenden Muster des Normalarbeitstags „von acht bis fünf Uhr“ aus und davon, dass Frauen die Beteiligung am Erwerbsleben und die tägliche Arbeitszeit den Bedürfnissen der Familie unterordnen.

Die Nischen, in denen das möglich ist, werden jedoch dramatisch weniger. Deshalb geht es um eine neue Balance von Beruf und Familie. Öffentliche Sozialpolitik muss dabei Entwicklungstreiber sein. Noch werden soziale Einrichtungen dieser Rolle jedoch nicht überall gerecht.

Und wir sind im Prinzip mit dem, was wir heute besprechen wollen, dabei, diesen Prozess voranzubringen, das Ganze wieder passend zu machen, damit der Arbeitsmarktpolitik und flankierende sozialen Aktivitäten tatsächlich zu dem passen, was objektiv im Arbeitsmarkt, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft bereits stattfindet.

Im Sozialgesetzbuch II haben wir in der Tat einen neuen Ansatz, der die Wege der klassischen Arbeitsmarktpolitik in vielerlei Hinsicht verlassen hat. Es sieht das Individuum nicht nur als Träger von Arbeitskraft, sondern es sieht es im Kontext seiner Lebensverhältnisse. Das ist eine Sichtweise in der Tradition kommunaler Fürsorge, die sich im SGB II mit der Arbeitsmarktpolitik verbindet. Das ist ein großer Fortschritt, aber auch eine große Herausforderung.

Es gibt damit den Auftrag, aber auch die Chance zur Erarbeitung ganzheitlicher Problemlösungen, weil eben nicht nur das Thema Arbeitsvermittlung im Fokus steht, sondern auch die Familienbedingungen, die individuelle Lebenslage. Das SGB II beinhaltet, zumindest potentiell, die Perspektive des „ganzen Lebens“ und des Zusammenhangs der verschiedenen Lebensbereiche.

Die alleinerziehenden Frauen sind im SGB II eine ganz zentrale Zielgruppe. Das waren sie übrigens in der alten Sozialhilfe auch, nur dort haben sich relativ wenige Leute um das Thema Erwerbsarbeit gekümmert, das war in der Sozialhilfe klassischerweise nicht verankert. Damit haben wir im SGB II zum ersten Mal einen Zugriff auf die Verbindung der Themen Lebenslage und Erwerbstätigkeit, und dazu werden wir in dieser Veranstaltung heute vieles hören.

Ich will für Sie vielleicht noch ein paar Zahlen zu Offenbach einführen:

Wir haben insgesamt in der Stadt über 3.000 arbeitslose Frauen, das ist etwas weniger als die Hälfte aller Arbeitslosen, etwa 45 %. Davon befindet sich ein sehr großer Teil von knapp 2.500 im so genannten Rechtskreis Sozialgesetzbuch II. Hier ist der Frauenanteil schon etwas höher, hier liegt er bei 48 %. Und bei den so genannten erwerbstätigen Hilfebeziehern - das sind diejenigen Erwerbstätigen, die zusätzlich Leistungen nach SGB II, also Arbeitslosengeld 2 bekommen - sind wir mit knapp 6.700 Frauen schon über der 50 %-Grenze. Das heißt, im SGB II ist der Frauenanteil deutlich höher als in der Arbeitslosigkeit und in anderen Arbeitsmarktlagen. Wir haben im SGB-II-Bereich rund 3.200 Frauen mit Kindern, davon ein Drittel mit Kindern unter drei Jahren. Die sind ja nach § 10 SGB II zunächst einmal nicht verpflichtet, Erwerbsarbeit aufzunehmen, aber - darüber werden wir heute auch einiges hören - sie sollten wirklich Adressaten einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik sein, auch wenn sie möglicherweise dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Die große Mehrheit der Frauen mit Kindern im SGB-II-Bezug sind nichtdeutscher

Nationalität, 1.900. Auch das sollte ein Fingerzeig sein auf das, was faktisch in der Politik der ARGE und der Zusammenarbeit vor Ort zu tun ist. Wir haben etwa 1.400 Alleinerziehende aktuell im Bezug von SGB-II-Leistungen, was zeigt, wie groß diese Untergruppe ist, der wir uns aktiv zuwenden wollen.

Was tun wir, was tut die MainArbeit? Die Grundphilosophie ist, dass wir jetzt diesen Impetus der aktiven und aktivierenden Arbeitsmarktpolitik aufnehmen und positiv gestalten. Das, was mit Fördern und Fordern zu tun hat, versuchen wir praktisch umzusetzen. Dabei geht es uns um glaubwürdige und faire Angebote: Wo wir fordern, müssen wir auch fördern. Und wir müssen die Förderangebote so ausrichten, dass sie tatsächlich auf die Lebenslagen passen. Wir haben uns in den letzten zwei Jahren intensiv, auch mit der sehr wichtigen Hilfe von Frau Klose, aber auch dem großen Engagement, das unsere Bereichsleiterin, Charlotte Buri, hier an den Tag gelegt hat, der Zielgruppe der Alleinerziehenden zugewandt. Wir haben neue Formen der Kinderbetreuung, der zeitflexiblen Kinderbetreuung, auch mit Hilfe einer Projektförderung des Landes Hessen aus dem Europäischen Sozialfonds, erprobt und eingesetzt. Das hat einige Wellen geschlagen – auch außerhalb Offenbachs. Innerhalb der MainArbeit wurde als Ergänzung zur Arbeitsvermittlung eine Kinderbetreuungsvermittlung etabliert, der "Familienservice". Der hat den Auftrag, sich um passgenaue Problemlösungen für jede einzelne Frau zu kümmern. Dazu kommen Einrichtungen, die dankenswerterweise auch von freien Trägern eingerichtet worden sind, die Abschied nehmen von der bereits erwähnten „nine-to-five-Mentalität“ in der Kinderbetreuung, die tatsächlich auf die Arbeitsmarktbedürfnisse, auf die Zeitbedürfnisse erwerbstätiger Frauen Rücksicht nehmen und sich darauf einstellen. Ich denke, da haben wir in den letzten Jahren einen großen Schritt nach vorne machen können.

Zum Abschluss vielleicht noch zwei Anmerkungen von mir als Geschäftsführer. Ich bin ja nicht nur dazu da, darauf zu achten, dass wir viel fördern, sondern ich bin auch immer dazu da, zu schauen, dass das, was wir tun, auch tatsächlich effizient ist, wirksam ist und wirtschaftlich ist. Das heißt, wir müssen immer fragen: Ist das, was wir an zusätzlichen Fördermaßnahmen installieren, tatsächlich so wirksam? Stimmt die Kosten-Nutzen-Relation? Haben wir das richtig eingeschätzt oder sind wir da mittlerweile schon etwas über das Ziel hinausgeschossen?

Wir brauchen nachhaltig wirksame Strukturen, keine Strohfeuer von kurzatmigen Projekten, die vielleicht mal kurz die Öffentlichkeit interessieren, aber dann wieder in der Versenkung verschwinden, weil sie eben doch nicht nachhaltig finanziell oder strukturell tragfähig sind.

Nachhaltigkeit zeigt sich sowohl an der gelingenden Integration ins Erwerbsleben, wie in der gedeihlichen Entwicklung der betroffenen Familien und Kinder. Unsere Grundannahme ist: ohne eine gute und dauerhafte Integration in Erwerbsarbeit können sich auch Familien nicht gut entwickeln. Deshalb steht Erwerbsarbeit im Fokus. Gradmesser für den Erfolg der Maßnahmen sind die dadurch zustande gekommenen nachhaltigen Integrationen in Erwerbsarbeit. Das sollte bei den Diskussionen heute beachtet werden.

Ich bedanke mich, dass Sie alle so zahlreich gekommen sind, bedanke mich bei den Organisatorinnen dieses Tages und wünsche einen erfolgreichen Verlauf unserer gemeinsamen Tagung.